für die
**volks-
macht**

Zentralorgan der Vereinigung Revolutionärer Arbeiter Österreichs (ML)

Eigentümer: Vereinigung Revolutionärer Arbeiter Österreichs (ML); Herausgeber und Verleger: Alfred Jocha; alle: 1200 Wien, Dresdner Straße 48/4/7. Für den Druck und den Inhalt verantwortlich: Herbert Treitl, 1020 Wien, Czerningasse 15/2.

P. b. b. Verlagspostamt 1200 Wien
Erscheinungsort Wien



Telefon 33 87 774
Zuschriften an: 1205 Wien, Fach 3



Ein Mann von Ehre

Margarethe K., eine Frau aus Brunn am Gebirge (Niederösterreich), überraschte in ihrer Wohnung einen Einbrecher. Und weil Frau K. nicht nur mutig ist, sondern auch weiß, daß die Gendarmen mit dem Schreiben von Strafmandaten, dem Einsammeln von Pornoheften und dem Überwachen „linksradikaler Elemente" voll ausgelastet sind, deshalb erledigte sie die Sache gleich selber. Sie verfolgte den Einbrecher über Gärten und Zäune, alarmierte unterwegs einen zufällig vorbeikommenden Arbeiter und übergab mit dessen Hilfe den Einbrecher tatsächlich der Gendarmerie.

Es stellte sich heraus, daß der Einbrecher Otto Braun heißt. Das heißt, er heißt nicht nur so, Braun ist auch braun. Politisch nämlich. 1970 war er einer jener NDP-Wahlhelfer, die für die Kandidatur ihrer Partei Unterschriften fälschten. Als der Schwindel aufflog, wurde in einigen Wiener Bezirken die Wahl wiederholt, was den österreichischen Steuerzahlern an die 2 Millionen Schilling kostete. Doch das ist beileibe noch nicht alles, was der heute 42jährige Otto Braun auf dem Kerbholz hat.

Schon 1956 – damals Vizechef einer Firma – stand er wegen Unterschlagung kurz vor der Verhaftung. Als seine Frau es wagte, ihm Vorwürfe zu machen, da sah der selbstherrliche, autoritäre Braun rot und versuchte sie zu erwürgen. Er konnte es „nicht ertragen", von seiner Frau als Dieb durchschaut zu sein. Überhaupt wurde Braun stets dann gefährlich, wenn's um die „Ehre" ging. Als Mitglied (deutsch-)nationaler Studentenverbindungen etwa forderte er jeden zum Duell, der beleidigenderweise nicht seiner Meinung war. Aus dieser Zeit stammen auch die vielen schönen Schmisse in seinem Gesicht.

In letzter Zeit jedoch ging's mit Braun und Ehre steil bergab. Der Mann war total verschuldet und wurde dreimal gepfändet. Mangels geregelter Arbeit hatte er auch nicht einmal mehr Gelegenheit, in irgendeiner Firma Geld zu unterschlagen, so daß er als Heiratsschwindler mühsam von der Hand im fremden Taschl leben mußte. Den Frauen, die er per Inserat kennenlernte, stellte er sich als Doktor und Direktor vor und brachte sie um ihren Schmuck und ihre Ersparnisse. Erst infolge des mißglückten Einbruchs in Brunn am Gebirge geriet jetzt Braun in den Blickwinkel des ach so kurzsichtigen rechten Auges des Gesetzes. Und als man seine Pfandscheine einlöste, da erwachte die Mordkommission. Es fand sich nämlich der Schmuck jener heiratslustigen Erika Heil, die vor Wochen im Wienerwald ermordet worden war. Braun hat zwar noch nicht die Mordabsicht gestanden, immerhin aber zugegeben, Erika Heil bei einer Umarmung „unglücksseligerweise" erwürgt zu haben. Wobei auch hier anscheinend wieder einmal die strapazierte braune Ehre mitspielte, denn Erika Heil hatte kurz zuvor bemerkt, daß ihr der Mann 500 Schilling gestohlen hatte, sie hatte ihn als Dieb durchschaut ...

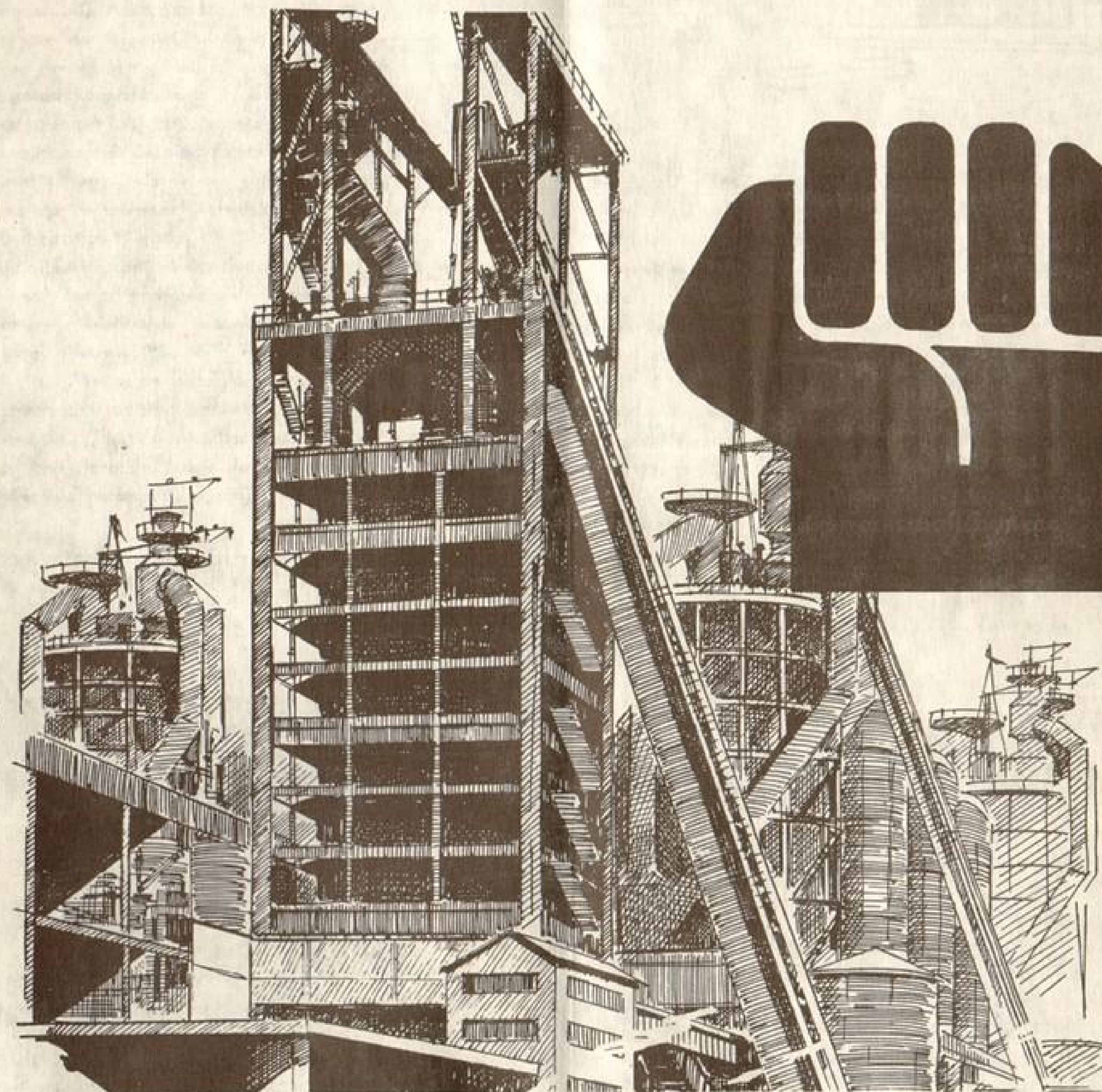
Tja, Sie haben Pech, ehrenwerter Herr Braun; Sie sind sozusagen ein Opfer unserer Zeit. Vor 30 Jahren, ja, da konnte ein Ehrenmann Ihres Schlages noch nach Herzenslust morden und rauben. Heute aber, heute droht Ihnen wegen Mordes lebenslänglich. Es sei denn – aber verraten Sie bitte niemandem, von wem Sie den Tip haben –, es sei denn, Sie könnten dem hohen Gericht weismachen, Erika Heil sei linksextrem gewesen. Dann kommen Sie wegen „Notwehrüberschreitung" möglicherweise mit ein paar Monaten davon. So wie der NDP-Mann Kümel, der den Kommunisten Kirchweger ermordet hat. ●

für die
volksmacht

Zentralorgan der Vereinigung Revolutionärer Arbeiter Österreichs (Marxisten-Leninisten)

Einzelpreis S 3,–
Jahresabonnement S 30,–

Nr. 69 · Dezember 1972



Zeigt ihnen die Faust!

Den Ausbeutern und ihren Helfern. Den Unternehmern und den Gewerkschaftsbonzen.



Kommissar Tito auf der Suche nach dem Täter

Ein Krimi, den das Leben schrieb

Was ist paradox? Paradox ist, wenn bei einem Unfall ein Blinder mit einem blauen Auge davonkommt. Oder wenn ein Lahmer zu den Gegnern überläuft. Oder wenn der Marschall Tito rot sieht. Denn er ist jetzt in dem Alter, in dem ein Politiker Vergleiche zieht zwischen dem, was er erreichen wollte, und dem, was er erreicht hat. Die Ziele des Marschalls jedoch waren hochgesteckt, er wollte den Sozialismus erreichen. Sagt er. Was aber mußte er erkennen, als er kürzlich in Jugoslawien nach dem Rechten – oder besser: nach dem Linken – sah? Er erkannte plötzlich, daß sich aus führenden Parteifunktionären und Wirtschaftsmanagern ein neues Bürgertum gebildet hat. Ein Bürgertum, dem der schwarze Mercedes und die Luxusvilla zu Statussymbolen geworden sind, ein Bürgertum aus mehreren hundert Millionären, das sich durch ungehemmtes Gewinnstreben, Steuerhinterziehung und Korruption auszeichnet, während im ganzen Land der Unterschied zwischen arm und reich immer krasser wird. Und jetzt sucht Tito jene Schuldigen, die ihm den jugoslawischen Weg zum Sozialismus vermasselt haben.

Er wird Schuldige finden. Die Gefahr, daß der Hauptschuldige unerkannt bleibt, ist allerdings beträchtlich. Dürfen wir Ihnen deshalb, verehrter Herr Marschall, unsere bescheidene Hilfe anbieten? Ja? Nun, dann schließen Herr Marschall vorerst einmal die Augen, ganz fest, bis Herrn Marschall schwarz vor denselben wird. Ja, so ist's recht. Und jetzt tappen sich Ew. Exzellenz bitte vor den nächsten Spiegel. Gut so. Wenn nun Herr Staatspräsident gütigst wieder die Augen öffnen wollen, wenn der Blick Ew. Exzellenz wieder klar ist, was sehen Herr Genosse Parteichef da? Sehr richtig, Herr Marschall sehen einen eitlen Fettwanst in pompöser Phantasieuniform. Aber es ist nicht der Göring, der da zu sehen ist, nein, nein. Hochwohlgeboren Herr Staatspräsident sehen vielmehr jenen kleinkarierten Diktator, der vor nunmehr 25 Jahren in Jugoslawien die Revolution abgewürgt und einen Polizeistaat errichtet hat. Dieser Mann, Ew. Exzellenz, residiert seither wie ein großer Potentat auf seiner Märcheninsel Brioni, liebt feudales Jagdvergnügen und kapitalistische Lebensart und ist somit das Vorbild für Hunderte kleine Potentaten in Partei und Wirtschaft.

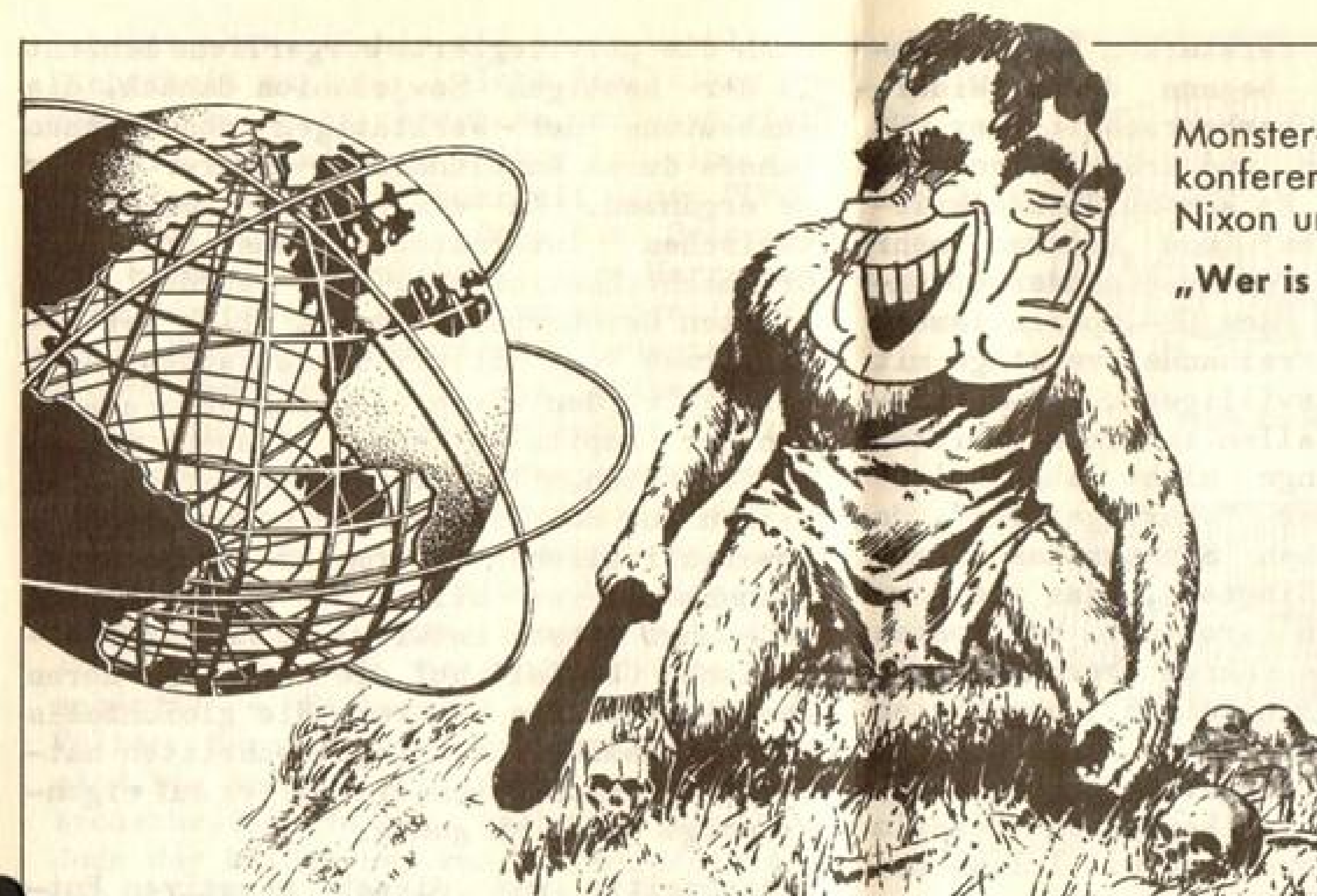
Wissen Herr Marschall jetzt, wer schuld ist an den miesen Zuständen in Jugoslawien? ●

****

Zu EWG und „Sicherheitskonferenz“

Für die Unabhängigkeit Europas von den Supermächten

Vor mehr als zwanzig Jahren (im Februar 1952) schrieb Stalin in seinem Werk "Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR" (in Peking jetzt neu aufgelegt und durch uns erhältlich) zur Frage der damals absoluten Herrschaft der USA über das kapitalistische Europa, "es wäre falsch anzunehmen, daß diese 'beste Ordnung' sich auf 'ewige Zeiten' erhalten könnte, daß diese Länder (des kapitalistischen Europa – Anm. d. R.) die Herrschaft und das Joch der Vereinigten Staaten von Amerika endlos dulden, daß sie nicht versuchen würden, das Joch der amerikanischen Sklaverei abzuschütteln und einen selbständigen Entwicklungsweg zu betreten". Es gehörte das klare Denken dieses großen Marxisten-Leninisten dazu, im Jahre 1952 solche Perspektiven zu stellen, zu einer Zeit, als die US-Imperialisten mit Zuckerbrot und Peitsche, mit Marshall-Plan und Atombombe, unumschränkt über die kapitalistische Welt herrschten. Doch gerade die Ausübung seiner ökonomischen und militärischen Übermacht führte in den seither verflossenen 20 Jahren eine entscheidende Schwächung des US-Imperialismus herbei. Militärisch erwies sich der US-Imperialismus bei seinen Aggressions- und Kriegsabenteuern in China



Monster-Sicherheitskonferenz zwischen Nixon und Breschnew:

„Wer is stärker, i oder i?“

(1946–1949), durch Unterstützung der Tschiang-Kai-schek-Clique), in Korea (1950 bis 1953) und vor allem in Indochina (seit 1962 und insbesondere seit dem massiven Einsatz amerikanischer Truppen ab 1965) als Papiertiger. Ökonomisch führten die Dutzende Milliarden Dollar "Auslandshilfe", die gigantischen Kosten der Aggressionskriege und des Unterhalts einer über Hunderte ausländische Militärstützpunkte verstreuten Millionenarmee der USA sowie der gewaltige Kapitalexport der amerikanischen Monopole in profitable Anlagemärkte (vornehmlich Westeuropas) zu einem dauernden und beständig wachsenden Zahlungsbilanzdefizit und zugleich, auf der anderen Seite, zu einer bedeutenden wirtschaftlichen Stärkung der westeuropäischen Konkurrenten der USA. Politisch diskreditierte sich der US-Imperialismus vor seinen europäischen "Alliierten" infolge seiner Zusammenarbeit mit der zweiten Supermacht, dem sozialimperialistischen Rußland.

Je schwächer der US-Imperialismus wurde, desto breiter machte sich der Sozialimperialismus – in Indien, im östlichen Mittelmeer und auch in Europa. Je ausgeprägter die geheimen Absprachen der beiden Supermächte besonders in bezug auf die Teilung der Einflußsphären in Europa wurden (vom Treffen Kennedy-Chruschtschow in Wien 1961, dem der Bau der Berliner Mauer auf dem Fuße folgte, über den Überfall auf die Tschechoslowakei, von dem Johnson im voraus verständigt worden war, bis zur Moskauer "gemeinsamen Erklärung" Nixons und Breschnews im Mai d.J.), desto mißtrauischer wurden die kapitalistischen Staaten Westeuropas gegenüber der transatlantischen "Schutzmacht".

Und so begannen, wie Stalin es vorausgesagt hat, Frankreich und England, "sich den Umschlingungen der USA zu entreißen und es auf einen Konflikt mit ihnen ankommen zu lassen", schickte sich Westdeutschland an, "wieder hochzukommen... und sich einen selbständigen Entwicklungsweg zu erzwingen".

Deutlich wird diese Situation in der Entwicklung der EWG. Als Ende der 50er Jahre dieser "Gemeinsame Markt" von sechs westeuropäischen Staaten gegründet wurde, unterstützten ihn die USA, in der Absicht, daraus eine wirtschaftliche Untermauerung der von ihnen beherrschten NATO zu machen. Zu diesem Zweck setzte sich auch der US-Imperialismus für die Aufnahme Englands ein, das damals als "Junior-Partner" der USA besondere Vorrechte für sich forderte. Frankreich, das als erstes westeuropäisches Land gegen die amerikanische Vorherrschaft aufbegehrte, seine Truppen aus der NATO-Streitmacht ausgliederte und die NATO-Zentrale aus Paris auswies, widersetzte sich einem Beitritt Englands, solange dieses sein "besonderes Verhältnis" zu den USA nicht löste.

Nun, mit dem Schwächerwerden des US-Imperialismus, mit der Festigung seiner Zusammenarbeit mit der sozialimperialistisch entarteten Sowjetunion und schließ-

lich mit dem Wiedererstarken der westeuropäischen Länder begann deren Widerstand gegen die Oberherrschaft der USA einen allgemeineren und kräftigeren Charakter anzunehmen. Es kam zu "Hendelkriegen", "Weizenkriegen" und anderen mehr oder minder scharfen Auseinandersetzungen der EWG mit dem US-Imperialismus, z.B. wegen ihrer Freihandelsverträge mit den "nichtbeitrittswilligen" Staaten Europas. Es kam vor allem zu einem erbitterten und noch lange nicht abgeschlossenen Kampf an der "Währungsfront", da die westeuropäischen Staaten das finanzielle Diktat Washingtons, das sie dazu verurteilte, einen Großteil der Kosten des Vietnamkrieges durch Übernahme entwerteter Dollars zu einem überhöhten Zwangskurs zu zahlen, nicht länger dulden zu wollen. Und so machte sich auch England von seinen amerikanischen Fesseln los und wurde - zusammen mit Irland und Dänemark - in die EWG aufgenommen.

In allen Gremien und Konferenzen der westeuropäischen Staaten, vor allem in der EWG, aber auch in der EFTA und in anderen Gruppierungen, zeichnen sich immer deutlicher die Tendenzen zur Unabhängigkeit von den USA, zum Widerstand gegen das Diktat der Supermächte ab. Natürlich ist das kein geradliniger Prozeß. Groß ist noch immer der Einfluß der USA, vor allem durch die Verflechtung des amerikanischen Kapitals mit europäischen Monopolen. Es gibt also auch die Tendenz der Unterwerfung unter die Supermächte bzw. des Liebäugelns mit einer von beiden.

Was den US-Imperialismus betrifft, so ist er vor allem durch seine entscheidende Niederlage in Indochina gezwungen, zu manövrieren. Einerseits ist er gezwungen, gegenüber seinen europäischen "Alliierten" eine lockere Haltung einzunehmen, andererseits hält er Ausschau nach allen möglichen Mitteln, um seine Oberherrschaft über sie wieder zu festigen. Ein solches Mittel erblickt er auch in der von den russischen Sozialimperialisten seit Jahren propagierten Einberufung einer europäischen "Sicherheitskonferenz".

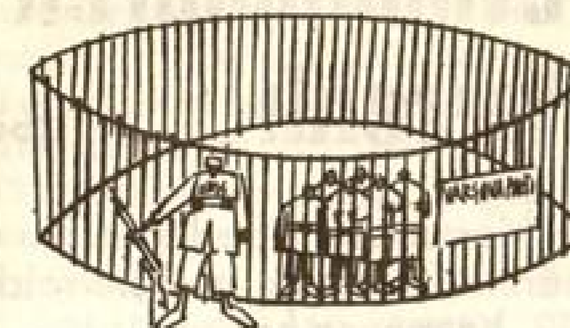
Nach dem Tode Stalins haben bekanntlich in der Sowjetunion die revisionistischen Erbschleicher die Macht an sich gerissen. Sie haben nicht nur der neuen Klasse bürokratischer Kapitalisten (Manager, Technokraten, Bürokraten, höchstbezahlte Intellektuelle) das Land der Oktoberrevolution ausgeliefert, sondern auch dieses Land in eine imperialistische Macht umgewandelt. Wie jede Bourgeoisie strebt auch die privilegierte bürgerliche Schicht in der heutigen Sowjetunion danach, die Ausbeutung der Werktätigen des eigenen Landes durch Ausplünderung anderer Völker zu ergänzen. An die Stelle des proletarischen Internationalismus trat der Großmachtchauvinismus. So wurden jene Staaten Osteuropas, die mit Hilfe der Roten Armee vom hitlerfaschistischen Joch befreit worden waren und sich sodann auch von der kapitalistischen Ausbeutung befreit hatten, mit Hilfe einheimischer Komplizen zu Satelliten der neuen, sozialimperialistischen Supermacht (mit einigen Ausnahmen, vor allem der VR Albanien). Höhepunkt dieser Entwicklung war der militärische Überfall auf die CSSR, als deren revisionistische Führer, die gleichfalls den kapitalistischen Weg beschritten hatten, sich anschickten, diesen Weg auf eigenständige Weise zu gehen.

Gleichzeitig mit dieser negativen Entwicklung gab es eine positive: die revolutionäre Bewegung nahm in den Ländern der "Dritten Welt" einen unerhörten Aufschwung. Höhepunkte dieses Aufschwungs waren die Große Proletarische Kulturrevolution in China, die dem Revisionismus einen überaus schweren Schlag versetzte, und der heldenhafte Widerstandskrieg des vietnamesischen Volkes gegen den US-Imperialismus. Um im Wettstreit mit der anderen Supermacht, den USA, die Weltherrschaft erobern zu können, setzt sich daher der russische Sozialimperialismus als strategisches Hauptziel die militärische Niederwerfung des sozialistischen China. Zu diesem Zweck muß er sich den Rücken - also Europa - militärisch und strategisch absichern. (Wie logisch und eng dieser Zusammenhang ist, beweist die Tatsache, daß die neuen Zaren im Kreml wenige Monate nach der gewaltsamen Besetzung der Tschechoslowakei massive militärische Provokationen am Ussuri gegen Volks-China unternahmen!)
Diesem vordringlichen Zweck, also der Sicherung des "Besitzes" und Einflusses der russischen Sozialimperialisten in Europa, soll eben die "Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa" (KSZE) dienen. Und die USA - auch eine "europäische" Macht! - haben die russische Einladung zu dieser seltsamen "Sicherheitskonferenz" gerne angenommen, weil sie sich durch sie eine Sicherung ihres sinkenden Einflusses in Westeuropa versprechen. Das Wort "Sicherheit" kommt also hier offensichtlich vom Bestreben der beiden Supermächte, ihre untereinander vereinbarten Einflußsphären in Europa zu "sichern".

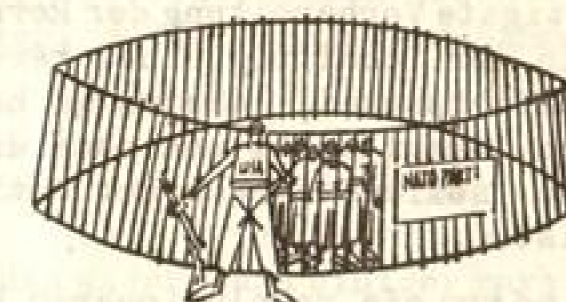
Das hat aber nichts mit einer wirklichen Sicherheit zu tun, welche die Völker Europas mit Recht ersehnen und anstreben. Für die europäischen Völker ist eine solche Konferenz in Wahrheit eine "Unsicherheitskonferenz". Denn das Bestreben der beiden Supermächte, ihre Herrschaft über den jeweils von ihnen kontrollierten Teil Europas zu festigen, bedeutet doch nichts anderes, als die Völker dieser Länder für die imperialistischen Interessen der Supermächte einzuspannen; es bedeutet, daß infolge der Rivalität der Supermächte um die Vorherrschaft in Europa und in der Welt - eine Rivalität, die neben und trotz ihrer Zusammenarbeit besteht und sich notwendigerweise verschärft! - Sicherheit und Frieden der Völker Europas aufs schwerste gefährdet sind. Die Ausgangspositionen zu dieser Unsicherheitskonferenz selbst zeigen dies: Jede der beiden Supermächte marschiert zu der Konferenz an der Spitze des von ihr geführten Militärblocks - der NATO und des Warschauer Pakts; und jede von ihnen trachtet, während sie ihren eigenen Block eisern zusammenzuhalten sucht, den gegnerischen Block aufzuweichen, zu unterwandern, zu zersetzen, seine inneren Gegensätze für die eigenen Intrigen auszunützen. Daß dabei jede Supermacht die neutralen oder blockfreien Länder in ihre Einflußsphäre einbeziehen will, versteht sich von selbst.

Daraus folgt: Man muß eine Konferenz von Militärblocks der imperialistischen Supermächte entschieden ablehnen und verurteilen, und man muß für die absolute Wahrung der Unabhängigkeit, Souveränität und vollen Gleichberechtigung aller europäischen Länder, ob groß oder klein, ob neutral oder paktgebunden, ob in Ost oder West, gleich welchen Gesellschaftssystems und gleich welcher wirtschaftlichen Entwicklungsstufe, fordern. Nur wenn diese Bedingungen gegeben sind, kann irgendwie ernsthaft über die Gewährleistung der Sicherheit der europäischen Staaten, des Friedens in Europa verhandelt werden!

Was tut aber die österreichische Bourgeoisie mit ihrer Kreisky-Regierung? (Von den revisionistischen Renegaten am Höchstädtplatz wollen wir gar nicht reden, denn sie sind hier, womöglich noch mehr als in anderen Fällen, nichts als Agenten der Moskauer Sozialimperialisten.) Sie glaubt, ihren Interessen am besten dadurch dienen zu können, daß sie sich als Laufbursch der russischen Sozialimperialisten für die "Sicherheitskonferenz" abstrampelt und zugleich damit den "Westen" animiert, diese Konferenz für seine Zwecke auszunützen. Sie bleibt in diesem Fall treu ihrer - von uns seit langem so definierten - Devise "Diener beider Herren sein" (während Neutralität bekanntlich das genaue Gegenteil bedeutet, nämlich: weder dem einen noch dem anderen zu helfen!). Dadurch gefährdet sie den Frieden Österreichs nicht weniger als durch einen offenen Anschluß an diesen oder jenen Machtblock. Leidtragender wäre - wie immer! - das österreichische Volk.



Warschauer Pakt



NATO-Pakt

Die klassenbewußten Arbeiter müssen alle Kräfte in Europa unterstützen, die für die oben vermerkten Forderungen eintreten. Wir österreichischen Marxisten-Leninisten sind deshalb völlig einverstanden mit der Regierung der VR Albanien, die deshalb in ihrer Note an das finnische Außenministerium, das die am 22. November begonnenen "Vorbereitungsgespräche" nach Helsinki einberufen hat, ihre Teilnahme ablehnte und erklärte, daß eine echte Sicherheit der Völker Europas nicht durch Konferenzen verwirklicht werden kann, die von den Supermächten organisiert werden.

Sicherheit und Frieden für Europa können nur im Kampf gegen das Diktat und die Einschüchterungsversuche der beiden Supermächte, für die Auflösung ihrer Militärblocks und den völligen Abzug ihrer Truppen aus den Ländern Europas erreicht werden. ●

Die revolutionären Kräfte in Österreich

Über unsere Perspektiven (II)



Wir setzen hier unsere Überlegungen über die Perspektiven der revolutionären Bewegung in Österreich fort, die wir in Nummer 66, Seite 13, begonnen haben.

Die wichtigste Vorbereitung der Revolution besteht in der Schaffung einer revolutionären Arbeiterpartei, die es im heutigen Österreich nicht gibt und ohne die eine siegreiche sozialistische Revolution unmöglich ist.

Welche sind nun die revolutionären Kräfte, aus denen sich die kommende Kampfpartei des österreichischen Proletariats zusammensetzen wird, jene Kräfte in unserer Gesellschaft, die objektiv zur Schaffung einer solchen Partei tendieren und heute schon - in diesem oder jenem Maß - die Stützpfeiler der VRA bilden? Es sind dies 1. die revolutionären Kader, die aus der KPÖ gekommen sind bzw. sich immer noch - verzagt und zaudernd - in ihr befinden; 2. die revolutionäre Jugend, die bereits Anschluß an die marxistisch-leninistische Bewegung gefunden hat oder sich noch auf der Suche nach dem richtigen Weg befindet; die revolutionäre Masse, vor allem die klassenbewußten SP-Arbeiter, die schon von ihren Führern enttäuscht sind, jedenfalls aber den Bonzen und ihren leeren Versprechungen mißtrauen, gegen jedes Unrecht und für die gerechten Forderungen der Werktätigen zu kämpfen bereit sind und - mehr oder weniger bewußt - den Sozialismus erstreben, d.h. die Volksmacht und die Vergesellschaftung der Produktionsmittel.

Untersuchen wir nun im einzelnen, wie es sich mit diesen drei Faktoren - oder:Bestandteilen, oder: Grundlagen - der revolutionären Bewegung in Österreich verhält.

Die ehrlichen Kommunisten

Wir nennen unter den drei Quellen, aus denen die revolutionäre Bewegung in Österreich fließt, unter den drei Stützpfeilern, auf denen sich die kommende Revolutionäre Arbeiterpartei Österreichs aufbauen wird, an erster Stelle die revolutionären Kader, welche die marxistisch-leninistische Bewegung in unserem Lande angefacht haben. Sie sind ein Teil der ehrlichen Kommunisten, d.h. jener revolutionären Arbeiter,die ihrer Klasse restlos ergeben sind, für die der Marxismus-Leninismus kein unverbindliches Lippenbekenntnis, sondern eine Herzenssache und zugleich eine Sache der auf gewissenhaftes und unermüdliches Studium des Marxismus-Leninismus war und geblieben ist, also jener aufrechten, kampferfahrenen und leidgeprüften Kommunisten, die sich der opportunistischen Revision der proletarischen Ideologie durch entartete und abtrünnige Führer mutig entgegengestellt haben und auch heute noch immer wieder entgegenstellen, die allen Täuschungen und Enttäuschungen zum Trotz an den wissenschaftlichenGrundlagen der kommunistischen Weltbewegung, an der internationalen Solidarität der Proletarier aller Länder und der unterdrückten Völker,an den weltweiten Befreiungszielen des Kommunismus und an den revolutionären Traditionen der Kommunistischen Partei Österreichs unbeirrt festhielten und festhalten.

Menschen dieses Schlags, also ehrliche Kommunisten, wie wir es verstehen, haben schon nach dem XX. Parteitag der KPdSU im Februar 1956 den Verrat geahnt und gespürt, der da am proletarischen Sozialismus, an der kommunistischen Weltbewegung geübt wurde. Als 1962/63 die verräterischen Führer der KPÖ offiziell und öffentlich (vor allem und ausdrücklich auf dem August-Plenum des ZK im Jahre 1963) ihren Anschluß an die Moskauer Chruschtschow-Clique in deren Kampf gegen die dem Marxismus-Leninismus treugebliebenen kommunistischen Parteien Chinas und Albaniens vollzogen, da riefen solche ehrliche Kommunisten die antirevisionistische Oppositionsbewegung der Marxisten-Leninisten ins Leben.Unsere Klassenfeinde pflegen stets die österreichischen Kommunisten als besonders "stalinistisch", d.h. als besonders revolutionär und kompromißlos zu bezeichnen. Sie haben recht. In den damals unter dem Druck der Mitgliedschaft von der revisionistischen Parteiführung einberufenen Diskussionsversammlungen zeigte sich die ganze Erbitterung und Empörung der einfachen Parteimitglieder,. der klassenbewußten Arbeiter in der KPÖ, über den ungeheuerlichen Verrat der modernen Revisionisten in der KPÖ.

Warum aber, so kann man mit Recht fragen, hat sich damals nur ein kleiner Teil der ehrlichen Kommunisten, die gegen den modernen Revisionismus rebellierten, in der neuen marxistisch-leninistischen Bewegung zusammengeschlossen? Wir wollen uns nicht entschuldigen. Aber es ist Tatsache, daß wir damals schrecklich viele Fehler machten.Vor allen Dingen schenkten wir blindes Vertrauen einem Individuum, das sich durch "Offene Briefe" an die Mitglieder der KPÖ als "unfehlbaren" und "einzigartigen" Wahrer der marxistisch-leninistischen Reinheit offerierte. Noch konkreter: Dieser Karrierist und Abenteurer zerschlug konsequent alle organisatorischen Ansätze einer revolutionären Erneuerung. Es gab zu jener Zeit ganze Orts- und Bezirksorganisationen der KPÖ sowie Mehrheiten in BO's und manchen Bezirks- und Stadtorganisationen, die für den Neuaufbau einer wirklich marxistisch-leninistischen Partei bereit waren.Doch Herr Strobl hat alle diese Anfänge im Keim erstickt. Er spekulierte darauf, als "Linker" wieder eine Rolle in der revisionistisch entarteten Partei spielen zu können. Deshalb seine Forderung im April 1964 nach "Legalisierung" der praktisch von wirklichen Marxisten-Leninisten begründeten "Roten Fahne" als "offizielles Oppositionsorgan der KPÖ"; deshalb seine Agitation für die Stimmabgabe zu Gunsten der Revisionisten bei den Wiener Gemeinderatswahlen im Herbst 1964; deshalb sein Ruf: "Chruschtschow ist gegangen, auch die österreichischen Chruschtschowisten müssen gehen", als wäre die revisionistische Entartung ein purer Abklatsch internationaler Entwicklungen und nicht in der Hauptsache die Folge einer Preisgabe der revolutionären Prinzipien im nationalen, österreichischen Rahmen!

Der Kampf gegen den Revisionismus innerhalb der KPÖ nahm einen neuen Aufschwung nach dem 19. Parteitag der "K"PÖ, an welchem die revisionistische Führung - gegen den Widerstand einiger marxistisch-leninistischer Delegierter - ein unverhülltes revisionistisches Programm annahm, das die Diktatur des Proletariats als Nahziel der sozialistischen Revolution offen preisgab und auf die Umwandlung der KPÖ in eine zweite sozialdemokratische Partei hinauslief. Und als gar die Verräter in der "K"P-Führung 1966 zur Stimmenabgabe für die SPÖ aufriefen, gab es einen derartigen oppositionellen Proteststurm ehrlicher Kommunisten, daß viele tausende, ja zehntausende ehemaliger KP-Wähler den Wahlurnen fern blieben. Der damals richtige Schritt der Marxisten-Leninisten,in einem Wahlkreis eine eigene Liste aufzustellen (die Lehrmeister des Marxismus-Leninismus haben ja stets betont, daß Wahlen im bürgerlichen Staat

„Also, mit dieser überzeugend ausgebildeten Rechten werden Sie es in unserer Partei ziemlich weit bringen, Herr Kollege!"



bestenfalls einen Gradmesser der Reife der Arbeiterschaft darstellen), erwies, daß fünf Prozent der früheren KP-Wähler für die ML-Liste stimmten. Das ergab im gesamtösterreichischen Durchschnitt eine Zahl von etwa 6000 bis 7000 früheren KP-Wählern. Eine gar nicht so unbedeutende Zahl, wenn man in Betracht zieht, daß es sich logischerweise um die klassenbewußtesten, aktivsten und kämpferischesten Genossen handelte, die ja von Haus aus nur eine relativ kleine Minderheit der Mitglieder – und erst recht der Wähler – der KPÖ bildeten. Doch gerade damals machte Strobl durch seine Intrigen, seine willkürlichen "Ausschlüsse" wirklicher Marxisten-Leninisten und seine sonstigen verräterischen Machenschaften und Quertreibereien die MLÖ aktionsunfähig, und die revolutionären KP-Mitglieder wurden von ihr nicht angezogen, sondern eher abgestoßen.

1968 kam es, im Zusammenhang mit der offenen und galoppierenden Konterrevolution in der CSSR unter Dubcek, zu einer neuerlichen stürmischen Linksopposition in der "K"PÖ gegen die revisionistische Führung, die damals immer mehr von der Fischer-Marek-Fraktion beherrscht zu werden schien. Die gerade in Gründung befindliche VRA fand mit ihren Flugblattaktionen, öffentlichen Versammlungen usw. das Ohr von vielen Hunderten ehrlichen Mitgliedern der "K"PÖ. Doch bald nach dem bewaffneten Überfall der Warschauer Pakt-Staaten auf die CSSR und deren militärischen Besetzung durch die russischen Sozialimperialisten vermochte die in Wahrheit die Drähte ziehende (weil an der Kassa sitzende) revisionistische Parteiführung unter Fürnberg und Scharf – zuerst durch das Aufziehen einer offiziell geduldeten (ja, geförderten) scheinlinken "Opposition" (z.B. in Gestalt der kurzlebigen Zeitschrift "Neue Politik") und dann durch den Ausschluß bzw. die Kaltstellung der Fischer-Marek-Fraktion (immerhin ca. ein Drittel des ZK, gut die Hälfte des Polbüros und nahezu zwei Drittel der "Volksstimme"-Redaktion!) – die meisten ehrlichen Kommunisten irrezuführen, ihnen eine angebliche "antirevisionistische Linkswendung" vorzugaukeln. Doch damit wurde die tiefe Krise der revisionistischen Partei keineswegs gelöst; sie wurde vielmehr nur zeitweilig verkleistert und übertüncht.

Um die Perspektiven der Gewinne zumindest eines Teils der noch unter revisionistischem Einfluß stehenden ehrlichen Kommunisten für die Schaffung einer neuen, sich vor allem auf die breite Masse der noch den SP-Führern folgenden Arbeiterschaft stützende revolutionären Partei richtig zu sehen, muß man durch sorgfältige Analyse herausfinden, was den revisionistischen Führern und den von ihnen Irregeführten gemeinsam ist und sie daher zusammenbringt und was die einen von den anderen trennt und sie daher zwangsläufig auseinanderbringt.

Die KPÖ ist – zum Unterschied von der KPI oder der KPTsch – nicht aus einer wirklichen Spaltung der alten Sozialdemokratie nach jahrelangen Auseinandersetzungen mit den verräterischen Führern der II. Internationale entstanden, sondern allzu frühzeitig als relativ kleine Gruppe, die zudem jahrelang von rivalisierenden kleinbürgerlichen Klüngeln beherrscht war. Wohl hat sie 1934, dank ihrem vorhergegangenen Kampf gegen die sozialdemokratische Illusion eines "friedlichen Übergangs zum Sozialismus" und für eine revolutionäre Bannung der faschistischen Gefahr, und dann wieder 1945, dank ihrem vorhergegangenen richtigen Kampf gegen die deutsch-faschistische Fremdherrschaft und für die nationale Unabhängigkeit Österreichs, Tausende sozialdemokratische Arbeiter gewonnen. Dennoch verblieb (aus Gründen, auf die wir hier nicht eingehen können) in all diesen Jahren die große Mehrheit des österreichischen Proletariats unter dem Einfluß der SPÖ. Nach dem Staatsvertrag (1955) und dem XX. Parteitag der KPdSU (1956) fühlten sich diese Führer als Bankrotteure (ob sie das anderen oder auch nur sich selbst eingestanden, ist egal). Sie hatten bei der Durchführung der von Lenin den Kommunisten aller Länder gestellten Hauptaufgabe, nämlich: die Arbeitermassen vom Sozialdemokratismus, d.h. von der Ideologie der Klassenversöhnung und Klassenzusammenarbeit, zu befreien, die Agenten der Bourgeoisie an der Spitze der Arbeiterorganisationen zu entlarven und von den Massen zu isolieren, die Massen der Arbeiterschaft auf den revolutionären Weg zu führen, erbärmlich versagt. Aber die verbonzten und verbürgerlichten Führer schrieben dieses Versagen nicht etwa ihren eigenen Fehlern zu, sondern den revolutionären Prinzipien des Marxismus-Leninismus. Eben deshalb verrieten sie diese Prinzipien und wurden zu modernen Revisionisten.

Die modernen Revisionisten spalteten sich in zwei Fraktionen – in Österreich wie auch in anderen kapitalistischen Ländern. Beide hatten zwar ihren Glauben an die Fähigkeit der Arbeiterklasse ihres Landes, aus eigener Kraft den Kapitalismus zu stürzen und den Sozialismus zu errichten, restlos verloren; und beide haben den Marxismus-Leninismus über Bord geworfen und mit der Bourgeoisie ihren Frieden gemacht. Aber die einen (deren Basis der von Moskau finanzierte Parteiapparat und die Osthandelsfirmen sind) bauen auf die militärische Überlegenheit der sozialimperialistischen Supermacht und rechnen sich Chancen aus, eventuell dereinst irgendwelche Satrapenfunktionen erfüllen zu können, falls der Kreml auch bei uns – wie 1968 in der CSSR – die "Lage normalisieren" sollte; die anderen (ihre soziale Basis sind bürgerliche und kleinbürgerliche Existenzen oder Leute, die sich im Einflußbereich der SPÖ – von der Arbeiterkammer bis zum Europa-Verlag – Pöstchen oder Einkommensquellen ergattert haben) klammern sich an die Rockschöße der SP-Führer, um ihnen vielleicht als eine Art "offensiv-linkes" Sicherheitsventil zu dienen, sollte einmal der vom wachsenden Zorn der hintergangenen und empörten Arbeiterschaft angeheizte Kessel des kapitalistischen Systems zu explodieren drohen.

Doch die Beweggründe für die ehrlichen Kommunisten, der einen oder der anderen revisionistischen Fraktion immer noch Gefolgschaft zu leisten, sind ganz anderer Natur. Die meisten von ihnen, eben jene, die noch oder wieder der "K"PÖ angehören, glauben den verlogenen Vorspielungen der Herren vom Höchstädtplatz, diese hätten angeblich "zum Marxismus-Leninismus zurückgefunden", und sie mißverstehen unglücklicherweise die blindwütige Moskauhörigkeit der Fürnberg, Scharf und Konsorten als angeblichen "proletarischen Internationalismus". Aber die Tatsachen werden diesen Genossen ihren Irrtum klarmachen. Die ehrlichen Mitglieder der "K"PÖ werden in zunehmendem Maße die Demagogie der "K"PÖ- und GE-Führung erkennen, die nirgends betriebliche Kämpfe der Arbeiterschaft entfachen und konsequent bis zum Sieg führen, auch dort nicht, wo sie die Betriebsmehrheit haben, sondern stets bloß an Benya und die anderen ÖGB-Bosse "appellieren", doch endlich den "schlafenden Riesen" zu wecken. Und sie werden über kurz oder lang einsehen, daß die russischen Kriegsvorbereitungen gegen Volks-China u. ä. nichts mit proletarischem Internationalismus zu tun haben, sondern nackter Imperialismus sind.

Was die – wenig zahlreichen – ehrlichen Kommunisten anlangt, die noch der Marek-Fraktion anhängen, so sind ihre Motive ebenfalls ganz andere als die ihrer Führer. Manche dieser Genossen werden früher oder später erkennen, daß ihr berechtigter Abscheu vor dem russischen Sozialimperialismus nichts gemein haben kann mit der niederträchtigen Verleumdung der dreißigjährigen heroischen Geschichte des sozialistischen Aufbaus und des antifaschistischen Krieges der Sowjetvölker unter Stalins Führung durch die Fischer, Marek und Konsorten, einer Verleumdung, die zugleich eine Verfemung des Marxismus-Leninismus und der proletarischen Revolution überhaupt darstellt und nachträglich den Raubkrieg Hitlers gegen die UdSSR "moralisch" rechtfertigt. Und diese Genossen werden auch erkennen, daß man den von ihnen ersehnten Zusammenschluß mit den sozialdemokratischen Arbeitern nur auf der Basis des schonungslosen Kampfes gegen die bürokratisch-kapitalistische Führungsspitze in der SPÖ, die Klassenfeinde der SP-Mitglieder in ihrer eigenen Partei, führen kann.

Die Arbeit der VRA zur Gewinnung ehrlicher Kommunisten – innerhalb und außerhalb der "K"PÖ – wird dann Erfolg haben, wenn wir unermüdlich die revisionistischen Führer entlarven und zugleich einen einheitlichen Kampf mit diesen Genossen und mit den übrigen Kollegen im Betrieb führen. Durch die Kraft unserer Argumente und durch die Erfahrung im gemeinsamen Kampf können solche ehrlichen Kommunisten – vor allem die jüngeren unter ihnen – zu wertvollen Kadern der kommenden revolutionären Arbeiterpartei werden.

(Wird fortgesetzt) ●

Der Freiheitskampf in Palästina

Die Szenerie auf der politischen Weltbühne scheint ständig zu wechseln. Zumindest bekommt man diesen Eindruck, wenn man die Schlagzeilen der Zeitungen verfolgt. Tatsächlich versuchen aber die Meinungsmacher die Slogans an den Mann zu bringen, die ihren Auftraggebern gerade am Herzen liegen. Vielleicht denken sich die Konkurrenten um das wirtschaftlich (Erdöl) und militärstrategisch wichtige Gebiet des Nahen Ostens, USA und Rußland, gegenwärtig neue Schachzüge aus, wie einer dem anderen etwas abringen kann. Sie haben jedenfalls dem Palästina-Problem gegenwärtig "Ruhe" verordnet. Das palästinensische Volk und die anderen arabischen Völker, die immer mehr das Ränkespiel der Supermächte durchschauen, führen ihren gerechten Kampf jedoch weiter. Man muß besondere Quellen haben, um darüber zu erfahren.

Da wurde einmal kurz vermerkt, daß sich nach "München" die Kampftätigkeit der arabischen Freischärler in den besetzten Gebieten außerordentlich verstärkt hat. Dazu einige Meldungen:

Ende Oktober und anfangs November haben die palästinensischen Kämpfer der zionistischen Soldateska harte Schläge versetzt. Vor allem im Gazastreifen, auf den Golanhöhen und am Westufer des Jordan. Sie fugten den Besatzern Verluste an Menschen und Material zu. Auch die Zivilbevölkerung schaltete sich ein und nahm in starken Kundgebungen - in mehreren Orten im Gazastreifen - gegen die israelische Besatzung Stellung. Dabei griff die erbitterte Menge die Verwaltungsgebäude der Zionisten an und nur mit Mühe gelang es der Polizei, die "Ruhe" wiederherzustellen. Einige Polizisten erlitten dabei Verletzungen.

Gegen die Versuche, über das palästinensische Volk hinweg zu einer "politischen Lösung" der Palästinafrage zu kommen, die nichts anderem als der Vorherrschaft der Zionisten und den Interessen der zwei Supermächte dienen soll, stellt die Zeitschrift "Die palästinensische Revolution" klar: "Das Recht des palästinensischen Volkes ist sein Recht auf Selbstbestimmung... Nur diejenigen, die sich der Besetzung entgegenstellen und ihr Widerstand leisten, sind die legalen, nationalen Vertreter des palästinensischen Volkes.... Der einzige Weg für das Volk Palästinas und seine Revolution besteht in der Hartnäckigkeit des Widerstands, der Schlacht und dem langen Kampf."

Dazu stellt die kubanische Zeitung "Granma" unter dem Titel "Das palästinensische Volk wird seine Revolution nicht verschachern lassen" fest:

"Inspiriert vom Beispiel des heroischen vietnamesischen Volkes hat das palästinensische Volk beschlossen, den bewaffneten Kampf fortzusetzen und jede Lösung abzulehnen, die einer Verschacherung der revolutionären Würde gleichkäme. Die palästinensische Revolution ist integrierender Bestandteil und Vorhut der Befreiungsbewegung des Mittleren Ostens, die die Unterstützung und Kampfessolidarität aller verdient. Sie ist die Angelegenheit aller Völker Asiens, Afrikas und Lateinamerikas, der sozialistischen Staaten und der fortschrittlichen arabischen Länder. Das palästinensische Volk wird sich nicht ergeben und wird es nie erlauben, daß der US-Imperialismus und der Zionismus ihr Ziel erreichen. Es wird seinen Befreiungskampf fortsetzen, wie seine Kommandos es bei vielen Gelegenheiten zum Ausdruck brachten. Niemand wird seinen Willen dem palästinensischen Volk aufzwingen können, das bereits sein Schicksal und seinen Weg gewählt hat, um sein Ziel zu erreichen: den bewaffneten Kampf der nationalen Befreiung..."

J.F., Wien ●



„Zunächst eine Frage: Sind Sie ein Mensch oder ein Saboteur?"

Eine Meldung, die schon einige Zeit zurückliegt, leider aber noch immer aktuell ist:

Israel verurteilt Sanitätspersonal

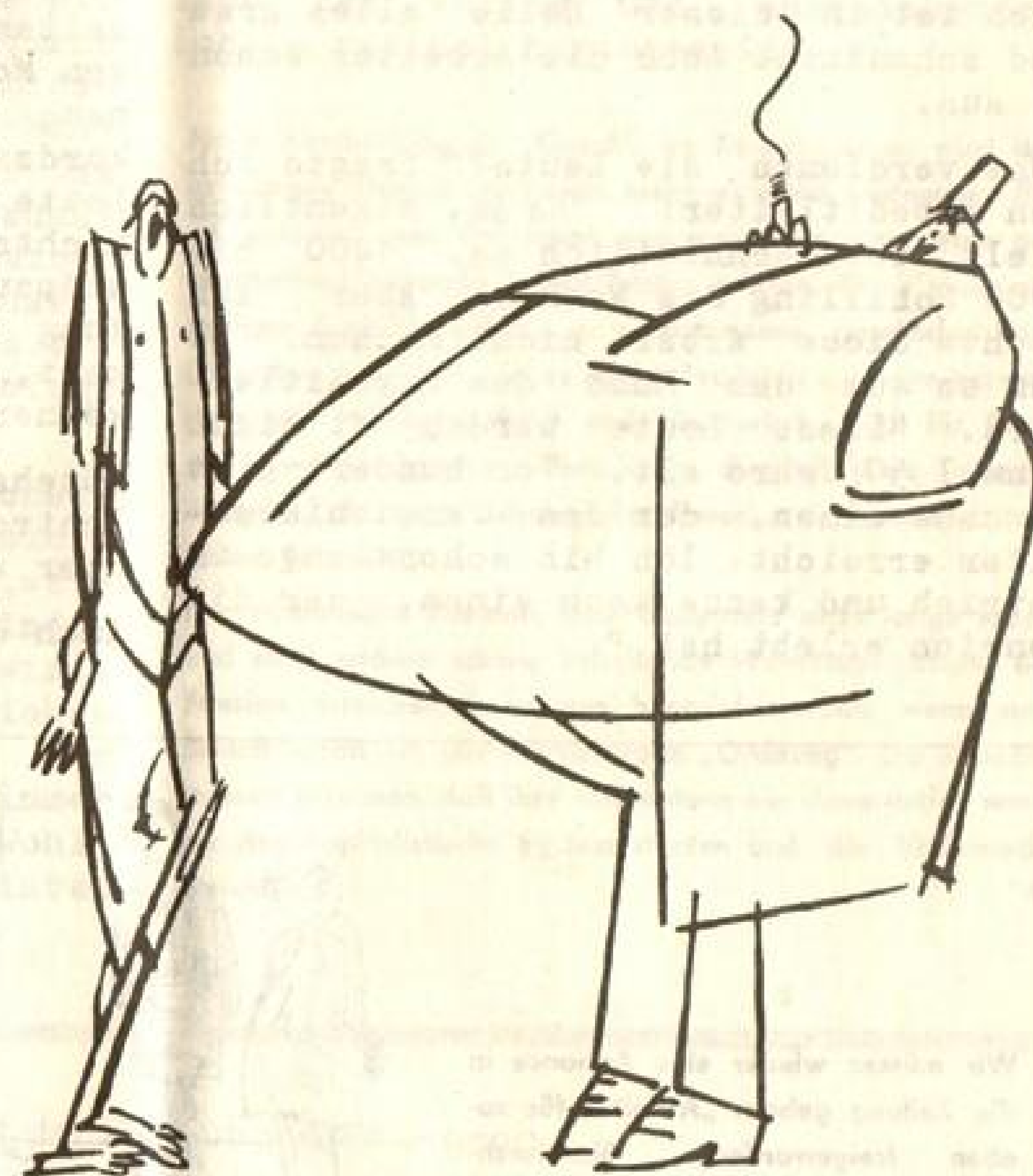
Gaza (AP/FR). Ein israelisches Militärgericht verurteilte die UNO-Krankenschwester Fatima Anguli zu 21 Monaten Gefängnis. Begründung: sie habe einem verletzten, von den Israelis als Saboteur bezeichneten Mann erste Hilfe geleistet und diesen Vorfall nicht der Polizei gemeldet.

Was tut Betriebsrat B. für die Arbeiter?

Mit der Zeichnung einer wertgesicherten Anleihe, so um 200 000 Schilling, beweist man, daß man Geld genug hat. Wenn man das aber als „mit gutem Beispiel den Arbeitern vorangehen" nennt, so ist das schon mehr als eine Frozzelei. Besonders jetzt, wo SP-Wirtschafts„fachleute" darauf drängen, daß die „Rettung der Wirtschaft" in der Arbeiterbrieftasche zu spüren sein müsse und auch tatsächlich immer mehr zu spüren ist. Gerade jetzt würde die Arbeiterschaft dringend Betriebsräte brauchen, die ihre Interessen wahrnimmt.

Untersuchen wir aber, welche Interessen Zentralbetriebsratsobmann der VÖEST Brauneis, der so „beispielhaft vorangeht", eigentlich vertreten kann. Als Betriebsrat hat er automatisch das Gehalt eines Vizemeisters der VÖEST (und das ist gar nicht so wenig). Selbstverständlich wird dieses Gehalt laufend ausbezahlt, obwohl Brauneis auch die saftig erhöhten Bezüge eines Nationalratsabgeordneten bezieht. Genauso selbstverständlich ist es, daß dazu noch Benzinspesen kommen, die man bei der eigenen Tankstelle, die so nebenbei auch noch vorhanden ist, auslegt. Und weil Herr Brauneis fleißig ist, übt er auch noch Aufsichtsratsfunktionen aus. Dafür kriegt er selbstverständlich „Spesenersatz".

Kann man in solchen Einnahmenssphären noch die Interessen der Arbeiter wahrnehmen? Richtet sich die Haltung eines Betriebsrates da nicht eher nach der des Geldgebers? Für einen revolutionären Arbeiter ist es klar: Brauneis gehört schon längst zu der bürokratisch-kapitalistischen Schicht der SP-Führung, die eine Ausbeuterpolitik gegenüber den werktätigen Menschen betreibt. Vielen VÖEST-Arbeitern könnte das jetzt klar werden, wenn sie hören, was ihnen Brauneis auf ihre berechtigten Forderungen im Zusammenhang mit der „Stahl-Lösung" und den gewaltigen Preissteigerungen zu sagen hat. ●



„Berührung mit dem Volke"

Die österreichischen Unternehmer gehen tatsächlich über Leichen:

Ein Gußputzer wird nicht alt

Ich bin ein Transportarbeiter und komme in viele Betriebe. Bei vielen hängen Tafeln: "Wir suchen Mitarbeiter" oder "Es werden gesucht...", "Es wird geboten: Sozialleistungen.... hoher Verdienst... usw." Nun, in einem solchen Betrieb - er gehört zur Metallbranche - sprach ich mit einem Expeditleiter über die Fluktuation der Arbeiter.Da sich aus dem Gespräch ergab, daß es an Transportarbeitern mangelt, sagte ich, daß der Stundenlohn eines Transportarbeiters sehr niedrig ist. Ca. ein Wochenlohn von 950 Schilling für Chauffeure, für gewöhnliche Transportarbeiter S 865,-. Es ist kein Wunder, daß sich heute, auf Grund der Hochkonjunktur, keine Leute für eine solche Arbeit finden. Junge Leute sind fast nicht mehr zu bekommen.

Dieses Gespräch führte ich bei der Halle, wo die Gußputzer ihren Arbeitsplatz haben. Überall ist Staub gelegen, und die Luft ist stark mit Staub gesättigt (Graphit, Sand usw.). Eigentlich ist in dieser Halle alles grau und schmutzig. Auch die Arbeiter sehen so aus.

"Was verdienen die Leute?" fragte ich den Expeditleiter! "Na ja, eigentlich viel: durchschnittlich ca. 1400 bis 1600 Schilling die Woche. Aber ich möchte diese Arbeit nicht machen." So kam es aus dem Mund des Expeditleiters. "Diese Leute werden oft nicht einmal 50 Jahre alt. Von hundert gibt es kaum einen, der das Pensionistenalter erreicht. Ich bin schon lange im Betrieb und kenne kaum einen, der die Pension erlebt hat."

"Wissen das auch die Leute?" fragte ich. "Eigentlich ja", kam es zurück.

"Wieso bleiben sie dann, wo es doch so viele freie Arbeitsplätze gibt?" Da sagte er: "Schauen Sie,wenn einer länger als 5-6 Monate bleibt, kann er nicht mehr so leicht diese Arbeit aufgeben; er stellt sich ja mit seiner Familie auf dieses Einkommen ein und muß natürlich dementsprechend seine Ausgaben decken: für Miete,Auto, Möbel oder vielleicht einen Baugrund oder einen Hausbau. Das ist sehr verschieden, aber dadurch sind sie gezwungen zu bleiben."

Auch der Durst wird durch diese Arbeit eine Plage, und überall stehen Bierflaschen herum. Auch das verschlingt Geld, wenn auch wahrscheinlich die Flüssigkeit einen Teil des schädlichen Staubs löst. Das merkt man am Auswurf. Da nutzt auch die Milch nichts, die als "Gegengift" verabreicht wird. Die meisten dieser Arbeiter brauchen das Wochenende zur Erneuerung ihrer Arbeitskraft, damit sie diese wieder von Montag bis Freitag einsetzen können; sie haben ja meistens ihren Akkordsatz zu füllen. Das heißt, daß die Leute faktisch von ihrer "Freizeit" nichts haben. Sie benützen die Wochenendpause lediglich zur Wiederherstellung ihrer körperlichen Einsatzfähigkeit, um ihren Verdienst halten zu können.

"Stehen diese Leute unter ärztlicher Kontrolle?" fragte ich dann. "Na ja. Aber was soll der Arzt einem sagen?"

Auch der Arzt weiß, welches Los demjenigen beschieden ist, der von dieser Berufskrankheit befallen ist. Er kennt noch viel mehr Berufe, wo die Lebenserwartung der Arbeiter sehr kurz ist. Was soll er da tun? Er kann doch nicht verordnen, den Arbeitsplatz zu wechseln, oder daß unter solchen Bedingungen nicht produziert werden darf! Da hätte er ja die Unternehmer, wahrscheinlich auch die Ärztekammer auf dem Hals. Aber das machen die Ärzte sowieso nicht. Sie sind eben von einer anderen Klasse, und ihrer bürgerlichen Ideologie zufolge ist es ja notwendig, daß auch so schwere, gesundheitsschädliche Arbeit gemacht werden muß. Es sind eben für sie bloß Arbeiter, d.h.irgendwelche "primitive" Menschen, welche den Dünger für das Gedeihen der kapitalistischen Produktion abgeben.

Dieses Gespräch machte mich sehr nachdenklich. Ich dachte an unsere verstorbenen Kollegen und stellte fest, daß fast alle nach sehr kurzer Zeit der Pensionierung die Oberfläche der Erde verlassen mußten, ja einzelne nicht einmal ihre Pension erlebten.

Auch im Transportgewerbe wird geschuftet. Der Arbeitstag hat zehn bis elf Stunden, der Verdienst muß eben durch Überstunden aufgewertet werden. Diese machen oft bis zu 50 Prozent des Einkommens der Transportarbeiter aus. Das geht aber auf Kosten unserer Gesundheit und unserer Familie. Na ja, einer muß eben in der "Sozialpartnerschaft" die schwere Arbeit auf sich nehmen,damit der andere mühelos und sorgenfrei vom Profit leben kann...

Das hat auch schon die Gewerkschaft begriffen, sonst hätten wir ja nicht den "harmonischen Arbeitsfrieden",welcher von ihrem "Partner", der Industriellenvereinigung, so gelobt wird. Die "Konsumgesellschaft" der Reichen heißt eben "Leistungsgesellschaft" für die Werktätigen. Diese müssen immer mehr Opfer bringen, müssen den Wohlstand und die Macht der Kapitalisten bezahlen, in Fällen wie dem geschilderten sogar mit einem frühzeitigen Tod...

Muß das aber wirklich so sein? Keine Frage: das Häuflein Ausbeuter kann ohne die Millionenmasse der Arbeiter,die seinen Reichtum schafft und dadurch immer wieder zum Dasein von Lohnsklaven verurteilt, nicht existieren. Die Arbeiter aber, die alle Güter der Welt durch ihrer Hände Arbeit herstellen, brauchen keine Unternehmer, sie können sehr gut ohne Kapitalisten auskommen, ja viel, viel besser! Die bisherigen Erfahrungen der sozialistischen Länder, wo die Arbeiterklasse die Staatsmacht in den Händen hält, haben dieses eindrücklich gezeigt.

Im Sozialismus, unter der Herrschaft der Arbeiter,ist der arbeitende Mensch das "wertvollste Kapital der Welt", seine Gesundheit steht über allen "Kostenfragen". Kein Mittel ist da zu kostspielig, um gesundheitsschädliche Arbeitsbedingungen auszuschalten. Wo dies der Natur der Sache nach nicht hundertprozentig möglich sein sollte, wird die Arbeitszeit - selbstverständlich bei vollem und ausreichendem Lohn - radikal herabgesetzt.

Nach Abschaffung der Klassen, im Kommunismus, wird der arbeitende Mensch auch nicht mehr an einen bestimmten Beruf gefesselt sein und schon gar nicht lebenslang eine gesundheitsschädigende Arbeit leisten müssen. Dank einer allseitigen Ausbildung kann er verschiedene gesellschaftliche Aufgaben ausführen, sei es in der Produktion, in der Verwaltung oder wissenschaftlich und künstlerisch. Auch für Ärzte gilt dann die Losung: „Dem Volke dienen!" (Eine Tatsache übrigens, die heute schon jeder Besucher im sozialistischen China feststellt!)

Der schändliche Zustand, daß Gußputzer nicht lange leben und auch andere schwer arbeitende Werktätige kaum die Pension erreichen, kann nur beendet werden, wenn man Schluß macht mit der herrschenden „Ordnung". Die Arbeiter müssen erkennen, daß ihre Ausbeutung nur dann endet, wenn sie das kapitalistische System stürzen und die Volksmacht errichten. ●

Wir müssen wieder eine Annonce in die Zeitung geben: „Arbeiter für soeben freigewordenen, überdurchschnittlich bezahlten Posten gesucht. Gutes Betriebsklima, Lebensstellung ..."

